



Niederschrift

59. Plenarsitzung des Gemeinderates
11. Dezember 2018, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

4.

Punkt 3 der Tagesordnung: Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Abfallentsorgungssatzung)

Vorlage: 2018/0786

dazu:

Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes

Änderungsantrag: FDP

Vorlage: 2018/0886

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit am 30. November und dem Hauptausschuss am 4. Dezember 2018 die in Anlage 1 der Vorlage beigefügte „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Karlsruhe über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen“ (Abfallentsorgungssatzung) vom 04.12.1996 zuletzt geändert am 13.12.2016.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage: Bei 38 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Antrag: Bei 7 Ja-Stimmen und 36 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 3 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und im Hauptausschuss:

Hierzu ist um 12:35 Uhr ein Änderungsantrag der FDP eingegangen mit der Bitte, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen. Ich betrachte das als Antrag zur Geschäftsordnung und würde deswegen, bevor wir in die eigentliche Antragsberatung einsteigen, dem Antragsteller die Möglichkeit geben, seinen Antrag zu begründen.

Stadtrat Høyem (FDP): Es ist so spät, weil wir im Ältestenrat nicht gewusst haben, dass die Kommunikation zwischen den Betroffenen so schlecht gelaufen ist. Deshalb denken

wir, dass wir uns die Zeit nehmen sollten, dies zu tun. Ich hoffe, dass wir das verschieben können. Falls wir es nicht verschieben können, müssen wir dann leider, weil es nicht gut vorbereitet war, dagegen stimmen.

Bürgermeister Stapf: Zunächst möchte ich auf die formalen Gegebenheiten eingehen, die letztendlich auch Grund des Antrags sind. Die heutige Satzungsänderung ist in keinem Fall eine Abschaffung der PME, sondern die Satzung soll nur ermöglichen, dass im Bereich, wo jetzt die PME gilt, zukünftig die Abfallentsorgung wie sonst gehandhabt wird. Eindeutig steht im Artikel 1 § 3 Absatz 2: Die Stadt Karlsruhe wird ein Konzept für den Rückbau der Abfallsauganlage in Abschnitten entwickeln, für den Fall, dass der Rückbau endgültig beschlossen wird. Das heißt letztendlich, Sie beschließen nicht über den Rückbau, sondern Sie beschließen darüber, dass ein Konzept ermöglicht wird, eine Änderung herbeizuführen. Ganz wesentlich, es ist kein Beschluss. Da sind sicherlich die Bürgerinnen und Bürger, die nur die Tagesordnung lesen, auch aufgeschreckt worden und haben gedacht, das wird jetzt abgeschaltet. Das ist nicht so. Die Satzungsänderung beinhaltet nur die Möglichkeit der Öffnung.

Worauf die Bürgerinnen und Bürger und wahrscheinlich auch Sie, Herr Høyem, sich beziehen, ist die Vorlage aus dem Planungsausschuss vom 18. Oktober. Aber auch in dieser Vorlage wurde die Verwaltung nur beauftragt zu planen, nicht umzusetzen. Deshalb schlage ich Ihnen heute vor, wir nehmen das besonders wörtlich. Die Stadt plant. Vor einer Umsetzung geht es noch einmal in die Gremien.

Vielleicht noch ein paar inhaltliche Punkte. Das Ganze ist schon ungefähr drei Jahre in der Diskussion und war auch schon zweimal in den untergeordneten Gremien des Gemeinderats. Letztlich haben wir eine Anlage von 1982, die in die Jahre gekommen ist. Ersatzteile müssen einzeln gefertigt werden. Das ist kein dauerhafter Zustand. Irgendwann ist auch die Entsorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet. Deshalb muss man an dem Punkt handeln. Freilich, in dieser Vorlage des Planungsausschusses steht auch drin, dass die Bürger mitgenommen werden, beteiligt werden. Das hat auch – zumindest partiell – schon stattgefunden. Es wurden Gespräche mit Hausverwaltungen geführt. Gleichwohl ist es natürlich immer so: Mit was beginnt man? Unser Ansatz war, zu sagen, wir setzen sie in Kenntnis, was wir vorhaben, und beteiligen dann die Bürger in der Breite. Dafür sind auch Mittel eingestellt. Auch das geht aus der Vorlage vom 18.10.2018 hervor, sodass das tatsächlich nie anders gedacht und gewährleistet ist, wobei wir natürlich den Ansatz haben, das abschnittsweise zu tun. Die PME soll nicht auf einmal abgeschaltet werden, sondern in Abschnitten, und die Bürger dann jeweils – denn dann hat man die zusammen, die betroffen sind – einbezogen werden.

Grundsätzlich entspricht die PME - da war man, als das geplant wurde Ende der 70er Jahre, abfalltechnisch noch ganz anders unterwegs, da gab es noch nicht einmal ein Amt für Abfallwirtschaft - nicht mehr den gesetzlichen Regularien und Vorschriften der Abfalltrennung. Selbst wenn man jetzt sagen würde, wir versuchen, die irgendwie am Leben zu erhalten, müssten wir deutliche Veränderungen vornehmen. Das nur noch zum inhaltlichen Hintergrund. Aber wesentlich für heute ist: Sie stimmen nicht der Abschaltung zu. Das kann noch diskutiert werden. Das kann Ihnen wieder vorgestellt werden. Dann können Sie auch abwägen, ob Sie noch Alternativen untersucht haben möchten oder ob Sie dann dem weiteren Weg, der selbst in der Vorlage bis 2023 skizziert ist, also auch mit dem langen

Vorlauf, zustimmen möchten. Aber, wie gesagt, heute geht es gar nicht um ein inhaltliches Thema, sondern nur um eine Eröffnung der Möglichkeit.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich habe absolut keinen Wunsch, polemisch zu sein. Ich will auch nicht etwas verhindern. Ich kenne diese Anlage sehr gut, weil ich viele Jahre in der Markgrafenstraße gewohnt habe und so eine Anlage hatte. Was wir kritisieren und was der Grund ist, warum wir das verschieben wollen, ist ganz einfach, dass man die Kommunikation verbessern könnte. Es ist ein möglicher großer Eingriff. Es gibt kein Problem, das ein bisschen auszusetzen und dann die Leute mehr zu involvieren.

Der Vorsitzende: Ich will es noch einmal erläutern. Es gibt einen Planungsauftrag aus dem Planungsausschuss, dass man Alternativen plant und dann noch einmal neu in den Fachausschüssen diskutiert. So gesehen ist nichts entschieden und wird nichts entschieden. Es gibt nur gute Gründe, warum wir sagen, diese Anlage hat so, wie sie da steht, keine Zukunft.

Das Zweite ist, dass wir jetzt in einer Satzung regeln, dass wir auch ohne eine solche Anlage auskämen, wenn wir uns dazu entscheiden, eine andere Lösung zu finden. Damit spricht eigentlich nichts dagegen, heute diese Satzung zu beschließen. Das ist das, was wir an der Stelle mitteilen wollen. In der Satzung steht noch vieles andere drin, was demnächst gültig werden soll. Wegen der PME könnten wir es gut verschieben, aber wegen der anderen Punkte nicht. Von daher plädieren wir dafür, dass wir das heute so mit allen Zusagen, die wir Ihnen jetzt gegeben haben und die aber auch schon im entsprechenden Fachausschuss gegeben worden sind, beschließen.

Damit komme ich zur Abarbeitung des Geschäftsordnungsantrags. Wir haben eine Rede, wir haben eine Gegenrede. Dann wird über den jetzt erst einmal abgestimmt. Der Antrag lautet, dass wir das vertagen. Wir empfehlen Ihnen als Stadt, dagegen zu stimmen. Jetzt haben wir gleich die Abstimmung. – Dieser Geschäftsordnungsantrag ist abgelehnt. Damit ist die Tagesordnung heute Bestand.

Jetzt kommen wir in die Diskussion. Hat es sich erledigt? Gut, dann können wir die Satzung zur Abstimmung stellen. Wie gesagt, dieser einzelne Punkt kommt dann noch einmal in den Fachausschüssen. Es ist keine Vorentscheidung darüber. Es schafft nur die Möglichkeit, überhaupt Alternativen einzuführen. Ich bitte um Ihr Votum. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin: